

Depesche aus Berlin

Prof. Dr. Lothar Maier



Ausgabe 8, 2. Jahrgang

Kommen Neuwahlen?

Ein Fraktionskollege schrieb mir: Ich muss mir jetzt mal aufschreiben, wer gerade Vorsitzender der SPD ist, kann sich ja keiner merken. Dafür muss man Verständnis haben, zumal die nicht von jedem (vor allem in ihrer eigenen Fraktion) wertgeschätzte, aber dynamische Andrea Nahles die Szene fluchtartig verlassen hat. Wer kennt eigentlich die neuen Frontfiguren dieser sterbenden Partei? Malu (heißt sie wirklich so?) Dreyer ist weltbekannt in ganz Rheinland-Pfalz, Frau Schwesig ist die Ministerin, die für jährlich über 100 Millionen Euro Zuwendungen für linksextremistische Gruppierungen („Kampf gegen Rechts“) gesorgt hat und Thorsten Schäfer-Gümbel steht für – ja, was eigentlich, außer dass er bei der Wahl in Hessen abgehalftert wurde?

Groko verlassen, raten manche, aber was dann? Neuwahlen, um im Bundestag nochmal die Hälfte der Sitze zu verlieren? Dem steht gewiss der Selbsterhaltungstrieb der Noch-Abgeordneten der SPD entgegen. Neuwahlen kämen für diese Partei dem Selbstmord gleich. Anders mag es in

der CDU aussehen: Die Merkelianer mögen mit der Aussicht liebäugeln, dass sie bei Neuwahlen zwar auch ein paar Prozente verlieren würden, aber dann mit den gewaltig erstarkten Grünen die ersehnte deutschlandfeindliche Fraktion bilden könnten. Wäre da nur nicht die Gefahr, dass ihnen dann auch die letzten, noch schweigenden Mitglieder und Wähler davonlaufen würden.

Was wir erleben, ist eine Etappe auf dem Weg in ein neues bipolares System in der deutschen, aber auch der europäischen Politik. Den einen Pol darin bilden die „grünen“, an die Stelle der Sozialdemokraten getretenen Parteien, die auf das setzen, was sie als Umweltschutz verkaufen, auf Deindustrialisierung, auf Verbote, Bestrafungen und Enteignungen für diejenigen, die sich dagegen wehren und auf Wohlfühlpolitik für ihren immer wirklichkeitsferneren Anhang („Fridays without education“).

Auf der anderen Seite stehen die konservativ-fortschrittlichen Parteien, die die Nationen in einem kooperativen Europa erhalten wollen, die noch wissen, woher der wirtschaftliche Wohlstand kommt, die für Meinungsfreiheit einstehen und die ebenjene Werte der christlich-jüdischen, aber auch der Tradition der Aufklärung verteidigen, die die Linksrünen längst aufgegeben haben. Die alten politischen Kräfte merken, dass sie das Spiel schon verloren haben und versuchen, die Entwicklung mit immer mehr diktatorisch-antidemokratischen Maßnahmen aufzuhalten. In Deutschland werden sie ihre nächste Niederlage schon im Herbst erleben, wenn sie in Sachsen, Thüringen und Brandenburg der AfD als Wahlgewinner gegenüberstehen. Die Zeit arbeitet für uns, aufhalten lässt sie sich nicht.



INHALT DIESER AUSGABE UNTER ANDEREM

Die Zukunft des Verbrennungsmotors – E-Fuels *mehr auf Seite 2*

CO2-Grenzwert-Utopien des EU-Parlaments
Ziel von 40-Prozent-Reduktion: Ende der deutschen Auto-Industrie *mehr auf Seite 3*

Erdogan übergibt Kölner Moschee ihrer Bestimmung *mehr auf Seite 4*

In Baden-Württemberg 2017 mehr Muslime und Messerstechereien *mehr auf Seite 5*

Fauler Diesel-„Kompromiss“ lässt Ursachen vergessen Die Vernichtung von Volksvermögen wird gnadenlos durchgezogen *mehr auf Seite 6*

Neuer Merkel Murks:
Prüfer stellen fest: Wirtschaftsminister Peter Altmaier verschwendet unsere Steuergelder mit Missmanagement *mehr auf Seite 8*

Kredite ohne Sicherheit – Gibt's nicht! Doch! *mehr auf Seite 9*

Kauder weg – Merkels Verfallsdatum längst abgelaufen Spät, viel zu spät besinnen sich Abgeordnete ihrer Verantwortung *mehr auf Seite 11*

Medienversagen - Ganz „normale Woche“ in Deutschland *mehr auf Seite 13*

Bundshaushalt 2019
Trotz Rekord-Einnahmen denkt Regierung nicht an Steuersenkung *mehr auf Seite 14*

Vorbildliches Ungarn - Anders als Merkel

Viktor Orbán steht hinter seinem Volk – Verantwortung durch Werte

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán lobte jetzt anlässlich eines gemeinsamen Treffens Italiens Innenminister Matteo Salvini. „Die Leute hier sehen in ihm einen Schicksalsgenossen. Er ist der Held, der die Migration über das Meer gestoppt hat“. Angesichts der anhaltenden Massenmigration aus Afrika und Arabien hob der ungarische Regierungschef die Bedeutung eines konsequenten Grenzschutzes hervor. „Die Migration ist die größte Herausforderung, vor die uns die Geschichte stellt. Ich spreche von Völkerwanderung. Wenn man sie nicht unterbinden kann, muss man sie stoppen.“

Klare Worte, die man bei Regierungsverantwortlichen in Berlin schmerzlich vermisst. „Regierungs-Verantwortliche“? Unsere Regierung ist zwar die Regierung, aber alles andere als verantwortungsvoll. Wer die Grenzen seines eigenen Vaterlandes für eine islam-orientalische Massen-Invasion öffnet, handelt in höchstem Maße verantwortungslos. Der ungarische Ministerpräsident dagegen fühlt sich seinem Volk und Land verpflichtet. Anders als Merkel, die deutschen Interessen zuwider handelt und sie eher zu verraten scheint.

Dafür steht Orbán in der Kritik der selbsternannten Wächter der „europäischen Werte“ seit er in demokratischen Wahlen eine Zweidrittel-Mehrheit erhalten und mit dieser am 25. April 2011 dem Land eine neue Verfassung gegeben hat. Orbán steht unter Dauer-Beschuss und hasserfüllter Kritik der Gleichmacher-Sozialisten Merkel und Juncker, die sich zum Schaden Deutschlands als Europäische Volkspartei EVP verbinden. Schauen wir auf diese neue Verfassung der ungarischen Republik. Sie ist als „Nationales Bekenntnis“ in der Präambel überschrieben. Vorangestellt ist ihr der erste Satz der Nationalhymne: „Gott segne die Ungarn!“ Die Präambel enthält eine Erklärung der „Mitglieder der ungarischen Nation“. Sie definiert

sich als ethnisch-kulturelle Nation, die „Verantwortung für alle Ungarn“ übernimmt.

Der Stolz auf die gemeinsamen Vorfahren, „die großartigen geistigen Schöpfungen ungarischer Menschen“, wird betont und darauf hingewiesen, dass das ungarische Volk „Jahrhunderte hindurch Europa in Kämpfen verteidigt und mit seinen Begabungen und seinem Fleiß die gemeinsamen Werte Europas vermehrt“ hat. Die ungarische Nation verpflichtet sich „unser Erbe, unsere einzigartige Sprache, die ungarische Kultur, die Sprache und Kultur der in Ungarn lebenden Nationalitäten“ zu bewahren.

Als wesentliche Staatsziele werden genannt: „Das Bekenntnis zur Menschenwürde, Frieden, Sicherheit, Ordnung, Wahrheit und Freiheit“. Der Staat solle den Bürgern dienen, sich deren „Angelegenheiten mit Billigkeit, ohne Missbrauch oder Voreingenommenheit“ widmen und „Hilfsbedürftigen und Armen“ helfen. Als wichtigste gesellschaftliche Stützen werden „Familie und Nation“ genannt. Die „Kraft der Gemeinschaft“ und die „Ehre der Menschen“ speise sich aus der „Arbeit“ und der

„Leistung des menschlichen Geistes“. Zur Überwindung der „moralischen Erschütterung“ im 20. Jahrhundert sei eine „seelische und geistliche Erneuerung“ nötig. Es ist klar, dass in Deutschland, in dem der „siebte Familienbericht die serielle Monogamie als modellhaft für Familien und als Alternative für klassische Ehe und Familie ansieht“ und die „Ehe für alle“, homosexuelle Partnerschaften der klassischen Ehe gleichgestellt werden, die neue ungarische Verfassung wie ein „rotes Tuch“ wirkt. In einem Land, in dem im Koalitionsvertrag der jetzigen Bundesregierung „im Hinblick auf die zunehmenden Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin und Veränderung der Gesellschaft“ eine umfassende Reform des Abstammungsrechtes vorgesehen ist und die Bundesjustizministerin

einen Gesetzesentwurf vorbereitet, der lesbischen Paaren per Eizell- und Samenspende sowie Leihmutterschaft das Recht auf ein Kind verschaffen will, die ungarische Verfassung manche zur Weißglut bringt.

Die Interventionen der EU und die Versuche, die ungarische Regierung über die Verweigerung von Finanzhilfen gefügig zu machen, sind bisher gescheitert. Die ungarische Orbán-Regierung ist seit 2010 im Amt. Die Resultate ihrer Familienpolitik können sich sehen lassen: Die Geburtenrate stieg von 1,20 auf 1,50. Die Zahl der Abtreibungen nahm um ein Drittel ab, in Zahlen von 40.449 auf 28.500. Die Scheidungsrate ging um ein knappes Viertel zurück, nämlich von 23.873 auf 18.600. Die Zahl der Eheschließungen stieg hingegen um 42 Prozent.

Diese Erfolge wurden durch materielle Hilfen für die Familien mit Kindern erreicht. Viktor Orbán hat in seiner Rede zur Lage der Nation angekündigt, in Zukunft Familien mit Kindern noch massiver zu fördern. „So soll in Zukunft jede Frau unter 40, die zum ersten Mal heiratet, einen Kredit von 10 Millionen Forint (rund 31.400 Euro) zur freien Verwendung bekommen. Die Rückzahlung soll erst nach drei Jahren beginnen. Nach dem zweiten Kind wird ein Drittel des Kredits, nach dem dritten der gesamte Kredit erlassen. Die offensichtlichen Erfolge der ungarischen Familienpolitik werden in unseren Medien verschwiegen. Auch das ist Teil der bundesdeutschen Medien-Manipulation.“



Bürgerdialog

Liebe Freunde und Interessierte, wenn Sie sich mit Herrn Professor Lothar Maier, MdB in Seinem Wahlkreisbüro austauschen möchten wenden Sie

sich bitte an die E-Mail Adresse:

lothar.maier.ma01@bundestag.de

um einen persönlichen Termin zu koordinieren.

Ja hat der noch alle Tassen im Schrank? Oberster Katholik Deutschlands: Eine Grußbotschaft zum Ramadan

Hat der noch alle Tassen im Schrank? Kardinal Marx (Nomen est Omen), Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) übermittelt am 3. Sonntag in der Osterzeit in einer „Grußbotschaft an die Muslime in Deutschland Segenswünsche“ zum Beginn des muslimischen Fastenmonats Ramadan. Die peinliche Anbiederung des höchsten Repräsentanten der Römisch Katholischen Kirche in Deutschland an den Islam kulminiert damit auf einem neuen Höhepunkt.

Dieser Vorgang fügt sich nahtlos in die Erinnerung des skandalösen Bildes, als Kardinal Marx und sein protestantischer Kollege Bedorf-Strohm 2016 bei ihrem Besuch auf dem Felsendom in Jerusalem in vorausseilender Unterwerfung vor den radikal-arabisch-muslimischen Gastgebern ihre Kreuze ablegten. Ein Bischof, der ausgerechnet in Jerusalem sein Amtskreuz in der Tasche versteckt und dann auch noch wahrheitswidrig behauptet, das hätten die Israelis von ihm verlangt, hat jede Glaubwürdigkeit verloren. Als der bayerische Ministerpräsident Söder verfügte, dass im Eingangsbereich von Ämtern wieder Kreuze aufzuhängen seien, gehörte auch Marx zu den Kritikern. Der katholische Erzbischof von München und Freising sagte, der Erlass habe „Spaltung, Unruhe, Gegeneinander“ ausgelöst!

Damit stellte sich Marx an die Seite derer, die auch Weihnachtsmärkte und Martinsumzüge als Lichterfeste säkularisieren wollen. Die den Sternsängern die Tür zuschlagen und Karfreitag abschaffen wollen. Deren Hass auf christliche Symbole und Traditionen wird gelegentlich mit mutmaßlichen Befindlichkeiten von Muslimen gerechtfertigt, was einer vorausseilenden Unterwerfung unter eine islamische Kultur gleichkommt. Jeder Muslim, jeder Atheist und jeder Andersgläubige kann sich unter diesem Kreuz sicher fühlen. Es steht nicht für einen Herrschaftsanspruch, sondern für eine Selbstverpflichtung, jeden Menschen unabhängig von seiner Herkunft, seinem Glauben, seinem Können oder seinem Geschlecht gleich und anständig zu behandeln.

Derselbe Zeitgeist-Katholik Marx bezeichnete 2016 Martin Luther als „bombastische Gestalt“. Marx steht auch für eine Anerkennung von Scheidung und Zweit-Ehe (Dritt-Ehe). Die Richtung der DBK ist klar. Das Modell, an dem sich Kirchenvertreter wie Marx orientieren, ist der liberale Protestantismus. Die Gesellschaft

verändere sich, angetrieben von welchen Kräften auch immer, ob christlich oder nicht, und die Kirche habe diese „Zeichen der Zeit“ zu erkennen, zu akzeptieren und zu integrieren.

Auf Marx trifft zu, was der italienische Erzbischof Luigi Negri feststellt: „Weite Teile der katholischen Gemeinschaft sind von einem übereifrigen Irenismus (Überbetonung des Gemeinsamen) untergraben, der seit Jahrzehnten Wührarbeit leistet und dessen Hauptsorge nicht die eigene Identität ist, sondern der Dialog um jeden Preis mit dem Ziel, auch die entferntesten Positionen irgendwie vereinbar scheinen zu lassen“.

Auf Sri Lanka starben am Ostersonntag Hunderte von Menschen durch Angriffe islamischer Terroristen. Die meisten waren Christen, ein Fünftel davon Kinder. Am Ostersonntag und Ostermontag bezeichnete Papst Franziskus auf dem Petersplatz im Namen des Dialogs mit dem Islam die blutigen Terroranschläge gegen Christen, die sich in den Kirchen versammelt hatten, um die Auferstehung Jesu zu feiern, als allgemeine, „nicht zu rechtfertigende“ Taten. Von Brecht wissen wir, „Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber“. Es müsste der Kirche doch offenbar sein, dass wir in Deutschland einer schleichenden Islamisierung entgegensteuern.

Stattdessen ergibt man sich im „Dialog“ mit dem Islam, der im Grunde keiner ist. Er ist meist ein islamischer Monolog und ein Zurückweichen der Christen und ihrer geistlichen und weltlichen Führer. Bekanntlich wird von Mohammedanern die „Kunst des Verhüllens“ beziehungsweise der

Verstellung“ (taqiya), also die Lüge, eingesetzt, die nach Angabe maßgeblicher Autoritäten (Ibn Taimiya, Abu Hamid al-Ghazali) ausdrücklich gerechtfertigt wird. Die Lüge dient unverhohlen dem Ziel des Islam nach Unterwerfung „ungläubiger“ Völker, der Weltherrschaft schlechthin.

Woher man das weiß: Ein Blick in den Koran genügt. Der ehemalige Chef der türkischen Religionsbehörde Diyanet, Ali Bardakoglu bringt es auf den Punkt: „Es steht außerhalb jeder Erörterung, dass das, was im Koran steht, gilt“. Und: Der Islamrat für Europa hat 1980 in London beschlossen: „Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt“.

Der Islam macht in unserer Zeit mehr Christen zu Opfern und Märtyrern als jemals zuvor in der Geschichte. Die katholische Kirche wird selbst immer öfter zur Zielscheibe von Angriffen. Beispiel Frankreich. 2018 registrierte das Innenministerium 1.063 Vorfälle gegen Kirchen und Friedhöfe. Eine deutliche Zunahme gegenüber 2017. Das Schweigen der meinungsbildenden Medien darüber ist Teil der einlullenden Manipulation der Menschen, auch der Christen, die solche Angriffe und die Ausbreitung der antichristlichen Ideologie der Neutralität erst ermöglicht.

Hierzulande frönt man der irrigen Fiktion - siehe Kardinal Marx - der Islam und die in seinem Namen begangene Gewalt hätten nichts miteinander zu tun. Daher hätten weder die islamischen



Staaten noch die islamischen Führer wirkliche Verantwortung zu übernehmen. Entsprechend wird in Europa der Islam im Zusammenhang mit dem Terrorismus von Politik und Medien verschwiegen, wenn nicht sogar auf irrationale Weise verteidigt. Der Eindruck: Je mehr Attentate geschehen, desto lautstarker wird der Islam in Schutz genommen, salonfähig gemacht und staatlich anerkannt.

Der emeritierte Papst Benedikt XVI. war es, der in seiner historischen „Regensburger Rede“ von 2006 zwei Bedrohungen benannte: „Den Islam und den Relativismus. Die eine Gefahr kommt aus dem Osten, die andere aus dem Westen“. Derselbe Papst beklagte auch in Deutschland einen „etablierten und hochbezahlten Katholizismus, vielfach mit angestellten Katholiken, die dann der Kirche in einer Gewerkschaftsmentalität gegenübertreten“. Durch die Vielzahl bezahlter Mitarbeiter drohe ein „Überhang an „ungeistlicher Bürokratie“ zu entstehen. Gleichzeitig kritisiert der emeritierte Papst auch die theologischen Fakultäten in Deutschland. Die Universitätstheologie brauche eine „neue Intensität des Glaubens“.

Kardinal Marx sei an ein weiteres Wort des emeritierten Papstes erinnert, der einmal sein Vorgänger auf dem Bischofsstuhl des Heiligen Korbinian zu München und Freising gewesen war: „Die Kirche bedarf dringend überzeugender Hirten, die der Diktatur des Zeitgeistes widerstehen“. Und was meint Marx? Die Herausforderungen der EU in der aktuellen Situation seien „Klimawandel, Veränderung der Arbeitswelt und Flucht- und Migrationsbewegungen“. Wie wäre es zur Abwechslung mal mit Verkündigung des Evangeliums oder Seelsorge, Exzellenz? Wann haben sich diese Bischöfe das letzte Mal klar zur Genderideologie und Frühsexualisierung der Kinder in staatlichen Schulen, zur Massenabtreibung, zur beschlossenen aktiven Sterbehilfe, zum Religionsunterricht oder zur Präimplantationsdiagnostik geäußert?

Der Heilige Papst Pius X. (1835 bis 1914) war schon vor über 100 Jahren davon überzeugt, dass die gefährlichsten Feinde der Katholischen Kirche „die Modernisten im Inneren der Kirche selbst“ sind. Er antwortete in gespenstischer Aktualität auf die Frage, warum jene gerade die gefährlichsten Gegner der Kirche seien:

„Weil sie nicht außerhalb der Kirche, sondern, wie gesagt, innerhalb derselben ihre Pläne zum Verderben der Kirche schmieden; die Gefahr ist in den Adern, im tiefsten Inneren der Kirche verborgen und der Schaden ist um so sicherer, je genauer sie die Kirche kennen. Ferner setzen sie die Axt nicht an die Äste und Zweige, sondern an die Wurzel selbst, an den Glauben nämlich und an dessen tiefste Fasern.“

Das links-politische Treiben des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz missfällt zunehmend innerkirchlichen Kreisen, einfachen Priestern. Sie haben sich zur „Communio Veritatis“ zusammengeschlossen und fordern Marx' Rücktritt. Die Priester schreiben:

„Wir werfen Ihnen vor, Ihr geistliches Amt zu missbrauchen, indem Sie die Sakramente der Kirche offenkundig als Ihren Privatbesitz ansehen, den Sie beliebig auf dem Altar des Zeitgeistes opfern. Wir weisen die Instrumentalisierung unserer Religion zurück! Sie benutzen diese in verfälschender Verweltlichung zur Verbreitung der linksliberalen politischen Ideologie des Mainstreams“. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Masseninvasion – Was auf Deutschland zukommt

Jeder Asylbewerber kostet den Steuerzahler 2.500 Euro monatlich

Zwischen 2015 und März 2019 haben in Deutschland laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) genau **1.603.730 Millionen** Menschen einen **Asyl-Erstantrag** gestellt. Nicht erfasst sind dabei Asylbewerber, die in Deutschland seit 2015 untergetaucht sind, weil sie mit einer Ablehnung ihres Antrags rechnen mussten. Sie kamen entweder bei Landsleuten unter oder sie leben von Drogenhandel und Schwarzarbeit. Die Zahl dieser weiteren illegalen Zuwanderer **ohne nachweisbare Identität** wird auf etwa **250.000** Personen geschätzt.

In der offiziellen Asyl-Statistik nicht enthalten sind auch Personen, die via **Familiennachzug** nach Deutschland eingereist sind. Nach Auskunft des Auswärtigen Amtes sollen es bis 2018 rund **160.000 Menschen** gewesen sein. Doch ein großer Teil wird erst in der Zukunft als Familiennachzug einreisen, weil die Verfahren über die Botschaften zeitaufwendig sind.

Insgesamt dürften also **seit 2015 über zwei Millionen** Personen nach Deutschland zugewandert sein. Das übertrifft die Einwohnerzahl Hamburgs (rund 1,88 Millionen).

Demgegenüber gelangen nur **26.000 Abschiebungen**, rund 31.000 Abschiebungen scheiterten, weil die Betroffenen unauffindbar waren oder plötzlich „erkrankten“, keine Papiere aufweisen konnten oder sich mit Händen und Füßen widersetzen. Wie Entwicklungsminister Müller sagte, müssen Bund, Länder und Gemeinden für **eine Million Asylbewerber 30 Milliarden Euro** pro Jahr ausgeben. Das Institut der Deutschen Wirtschaft (DIW) kommt auf den Betrag von 50 Milliarden, den auch der Sachverständigenrat 2017 errechnete. Das Kieler Institut für Wirtschaftsforschung rechnet mit bis zu 55 Milliarden Euro Kosten für Asylbewerber pro Jahr.

Zum Vergleich: Mit dieser Summe müssen die Bundesministerien für Verkehr, für Bildung und Forschung sowie für Familien, Frauen, Senioren und Jugend **zusammen** auskommen. Oder anders ausgedrückt: Legt man die Kalkulation von Minister Müller zugrunde, so kostet jeder „Schutzsuchende“ in Deutschland 2.500 Euro pro Monat. Das entspricht der Steuerlast von



zwölf Durchschnittsverdienern (3.000 Euro pro Monat, Steuerklasse III) oder der von **fünf Singles** (Steuerklasse I) in dieser mittleren Einkommensklasse. Für einen unbegleiteten jugendlichen Migranten werden sogar bis zu 5.000 Euro Kosten im Monat veranschlagt

Das Durchschnittsalter der Asylbewerber seit 2015 liegt bei etwas über 22 Jahren. Wenn sie in Deutschland blieben und ihnen die deutsche Lebenserwartung beschieden wäre, ergibt sich rein rechnerisch eine weitere Lebenszeit von rund 54 Jahren. Die Belastungen für das deutsche Sozialsystem könnten also einen langen Zeitraum erfassen. Wäre ein Asylbewerber über diese Jahre hinweg auf Sozialleistungen angewiesen, würde er dem deutschen Staat mit 480.000 Euro auf der Tasche liegen, wobei Gesundheitsleistungen nicht eingerechnet sind. Angesichts der Tatsache, dass

der überwiegende Teil der Menschen, die nach Deutschland strömen, nicht- oder nur minderqualifiziert sind, ist diese Rechnung nicht ganz von der Hand zu weisen. Die Mehrzahl der Asylbewerber aus dem Orient dürfte Zeit Lebens, wenn überhaupt, unterqualifiziert beschäftigt bleiben. Diese Arbeitsplätze sind aber besonders gefährdet bei Konjunkturschwankungen und Rezessionen. Und dabei hat Deutschland nicht einmal für seine eigenen Unterqualifizierten genügend Jobs.

Ein durchschnittlicher Zuwanderer mit 22 Jahren, der für den Rest seines Lebens unterqualifiziert beschäftigt sein sollte und dann auch noch fünf sechs Jahre Integrationszeit benötigt, müsste eigentlich bis zu seinem 80. Lebensjahr arbeiten, um überhaupt einen Rentenanspruch oberhalb der Sozialhilfe zu erwerben. Die Betroffenen könnten als Unterqualifizierte höchstens ein Viertel ihrer

Gesundheitskosten selbst aufbringen, der Rest ginge auf Kosten der Allgemeinheit, sprich der Steuerzahler.

„Das Boot ist voll - Die „Grenzen der Belastbarkeit durch Zuwanderung sind überschritten“

sagte der Ur-Grüne und SPD-Innenminister Otto Schily 1999 angesichts von **138.319 Asylbewerbern**.

Danach pendelte die Zahl zwischen 118.306 (2001) und 28.018 (2008) Asylbewerbern. Damals entstanden Parallel- und später Gegengesellschaften.

Und heute? Allein im Jahr 2018 beantragten 185.853 Menschen in Deutschland Asyl, in diesem Jahr waren es bis März 46.477 Anträge. Tendenz: Gleichbleibend...

Transfersystem der Europäischen Zentralbank EZB Fast eine Billion Euro des deutschen Volksvermögens ist im Risiko

Die Target-Forderungen der Bundesbank haben im März stark zugenommen. Ihr sogenannter Target-2-Saldo stieg um fast 70 Milliarden Euro auf mehr als 941 Milliarden Euro. Das ist der zweithöchste Target-Stand aller Zeiten. Target ist das System zur grenzüberschreitenden Abwicklung von Zahlungen im Euroraum zwischen den Notenbanken. Das Target-System hat sich jahrelang einer parlamentarischen Kontrolle entzogen. Seine Einführung hat der EZB-Rat eigenmächtig beschlossen, ohne dass jemals ein demokratisch gewählter Abgeordneter damit befasst war.

Die größten Target-Schuldner sind die italienische und die spanische Notenbank mit jeweils deutlich mehr als 400 Milliarden Euro Verbindlichkeiten. Fast eine Billion des deutschen Volksvermögens steht also im Risiko, um das Fortbestehen der Fehlkonstruktion EURO zu garantieren. Das Target-System funktioniert nämlich nur, solange das Eurosystem unverändert fortbesteht. Steigt ein Land aus dem Euro aus, müssten die Forderungen und Verbindlichkeiten seiner entsprechenden nationalen Zentralbank vollständig beglichen werden. Target-2-Salden sind eben wegen dieser möglichen Fälligkeit auch Kredite.

Target-2-Verbindlichkeiten eines austretenden Landes, die nicht vollständig erfüllt werden, führen so automatisch zu Verlusten bei den

im Euro verbliebenen Zentralbanken. Im Falle der Bundesbank reden wir also von einem Verlustrisiko in dreistelligem Milliardenbereich, weil Deutschland für 26 Prozent aller Risiken haftet, die von der EZB eingegangen werden. Faktisch sind die Target-2-Forderungen der Bundesbank also ein unbegrenzter zinsloser Überziehungskredit an die überschuldeten EU-Südstaaten, ohne dass eine Handhabe zur Geltendmachung der Forderungen besteht.

Im März dieses Jahres verzeichnete die Deutsche Bundesbank einen positiven Target-2-Saldo in Höhe von etwa 941 Milliarden Euro. Dies bedeutet, dass die Bundesbank rund 941 Milliarden Euro grenzüberschreitende Forderungen gegenüber den anderen am Target-2-System teilnehmenden Zentralbanken hat. Das Target-Forderungsvolumen Deutschlands entspricht damit dem Gesamtwert des Bundeshaushalts der vergangenen drei Jahre. Alleine die entgangenen Zinseinnahmen sind in einem zweistelligen Milliardenbereich anzusetzen.

Eine nur steuerbesicherte Kreditvergabe ohne Fälligkeitsdatum, ohne Tilgungsverpflichtungen und ohne Verzinsung – keine Privatbank wäre unter diesen Konditionen bereit, auch nur einen Cent zu verleihen. Bei Fälligkeit von Target-Forderungen müsste also – wie immer – der deutsche Steuerzahler ins Obligo treten.

Über das Target-2-System finanziert Deutschland nicht nur die Exporte seiner Unternehmen in diese Länder selbst, sondern trägt auch die Risiken des Anleihen-Kaufprogramms der EZB und der Kapitalflucht aus dem Süden, die diese Salden aufblähen. Wenn die Länder, deren Banken die Kredite gegeben wurden, zahlungsunfähig werden, haftet Deutschland. Das birgt ein erhebliches Risiko- und Erpressungspotential.

Beispiel Italien: Leicht könnte Rom nämlich „frisches Geld“ mit der Drohung fordern, dass ansonsten seine bisherigen Verbindlichkeiten in den Wind zu schreiben sind. Rein rechnerisch ist in Deutschland mittlerweile jeder Bürger mit 12 000 Euro am Target-2-Risiko belastet. Und das – wie gesagt – ohne jegliche Sicherheiten. Vollständig im Risiko steht die deutsche Target-Forderung, sollte der Euro zerbrechen. In diesem Fall ist damit zu rechnen, dass Deutschland seine gesamte Target-Forderung verliert, weil die Rechtsbasis der Target-Kredite für diesen Fall nicht definiert ist!

Deutschland muss deshalb unverzüglich auf einen schrittweisen Ausgleich der Salden bestehen und für die Deutsche Bundesbank müssen reale Sicherheiten für die ausstehenden Forderungen überschrieben werden. Dies wäre kein Problem, denn das durchschnittliche Haushaltsvermögen in den Hauptschuldnerländern Italien und Spanien, aber auch in den meisten anderen Euro-Krisenstaaten, ist deutlich höher als das der Deutschen.

Ausreisepflichtige Ausländer: Wer hier nur geduldet ist braucht Flugticket und keinen Sprachkurs

Wer in Deutschland nur vorübergehend geduldet und ausreisepflichtig ist, braucht keine Deutsch-Kurse auf Staatskosten, sondern ein Flugticket nach Hause. Mit ihrem Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Ausländern hat die Bundesregierung aber genau das Gegenteil vor. Damit sendet diese Regierung neuerlich ein verheerendes Signal in die Welt: Kommt nach Deutschland zum Sprachkurs – Aufenthalt und Verpflegung frei – plus Taschengeld! Skrupellose Schlepper an den Küsten Afrikas reiben sich die Hände, Merkel-Deutschland hält ihre Geschäfte am Laufen und so schippern sie noch mehr Analphabeten aus Afrika in eine ungewisse Zukunft übers Mittelmeer.

Billigste, kaum seetüchtige Boote werden für die Profitmaximierung mit Menschen vollgepackt. So kann eine einzige Mittelmeerüberquerung den Schleusern schon mehrere Millionen Euro Gewinn einbringen. Das Ergebnis solcher menschenverachtenden Geschäftspraktiken ist entsetzlich. Tausende sind beim Versuch, Europa zu erreichen, im Mittelmeer ertrunken. Die neuerliche Merkel-Einladung wird wieder Tote fordern, wann hört dieser organisierte Wahnsinn endlich auf?

Der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf wirft die unterschiedlichen ausländerrechtlichen Aufenthaltsbestimmungen durcheinander. Damit hat praktisch jeder, der irgendwie deutschen Boden betritt, die Voraussetzung für staatlich finanzierte Deutschkurse. Bei genauer Betrachtung zeigt sich aber, dass heute schon **über 50 Prozent** der Teilnehmer dieser Sprachkurse entweder überhaupt nicht auftauchen oder schon nach kürzester Zeit den Kurs abrechnen. Bei Teilnehmern, die zum wiederholten Mal an einem derartigen Kurs teilnehmen, liegt die Quote der **Abbrecher** sogar bei knapp **75 Prozent**, das belegen amtliche Zahlen der Bundesregierung. Dieser ganze Murks, der doch nur dem einen Ziel dient, noch mehr Ausländer nach Deutschland zu verbringen, wird dann noch als Teil der „Fachkräfte-Strategie“ verbrämt!

Diese mit „Merkel-Einladung“ gewonnenen „Fachkräfte“ wird man zum überwiegenden Teil nicht auf dem Arbeitsmarkt, sondern für immer in den Sozialsystemen wiederfinden, weil es eben nicht der syrische Arzt, sondern der Glücksritter aus dem Balkan ist, der sich auf Kosten der deutschen Steuerzahler hierzulande die Zähne richten lässt. Zwei Millionen angebliche „Fachkräfte“,

Raketen-Techniker, Ingenieure oder Gehirn-Chirurgen – wie man uns weiszumachen versuchte – müssen schon heute in unseren Sozialsystemen alimentiert werden.

Integrationskurse kosten allein in diesem Jahr den Steuerzahler 667 Millionen Euro, dazu kommen weitere 470 Millionen Euro für berufsbezogene Deutschsprachförderung. Bis 2024 sollen zusätzlich dafür nochmal 118 Millionen Euro ausgegeben werden. 118 Millionen, so hat mein Kollege Sebastian Münzenmaier ausgerechnet, wären beispielsweise 235.000 neue PCs für Schüler an deutschen Schulen, knapp 500 nagelneue Sportplätze oder zusätzliche Kitaplätze. Mit 118 Millionen Euro könnte man den Naturschutz verbessern oder die Infrastruktur im ländlichen Raum ausbauen.

Das hart erarbeitete Geld der deutschen Steuerzahler sollte nur Menschen ausländischer Herkunft zugutekommen, die tatsächlich vor Krieg und Terror geflohen sind oder die wegen ihres Glaubens oder ihrer politischen Einstellung verfolgt wurden. Nicht aber für Sozialhilfetouristen, Ausreisepflichtige oder IS-Terroristen. Für sie kann es nur eines geben: Die sofortige Abschiebung.

Mit falschen Papieren ins gelobte Land Asylbewerber: Jährlich neue Großstadt – 54 Prozent ohne Ausweis

"Wir haben im vergangenen Jahr 162.000 Asylanträge registriert. Das ist vergleichbar mit einer Großstadt, die jährlich zu uns kommt". Und: 10.000 Asylanträge pro Monat sind zu viel – sagte jetzt der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Hans-Eckhard Sommer in einem Interview. Nur rund 35 Prozent der Neuankommlinge erhielten nach Angaben des

Bamf-Chefs einen Schutzstatus. "Wir sehen also ganz deutlich, dass viele Menschen hierher kommen, ohne einen Asylgrund zu haben", ergänzte Sommer.

Rund 54 Prozent der Asylbewerber legen laut Sommer aktuell keinen Ausweis vor. Viele Asylsuchende kämen mit dem Flugzeug nach Deutsch-

land. Bei Stichproben gebe etwa ein Drittel der befragten Asylbewerber an, über die Flughäfen nach Deutschland einzureisen. Einige legen laut Sommer echte Dokumente aus EU-Staaten vor, die eigentlich aber jemand anderem gehören. Solche Dokumente seien gestohlen oder mit Absicht weitergereicht worden. Zum Teil würden aber auch Fälschungen verwendet.

Besuch im Bundestag

Den Bundestag von innen sehen? Plenardebatten live erleben?

In einen gemeinsamen Austausch treten?

All dies und vieles mehr bietet Ihnen ein dreitägiger Besuch mit uns im Deutschen Bundestag.

- Führung durch den Bundestag
- Blick über Berlin
- Debatten live erleben
- Besuch der Kuppel
- Besuch von Ministerien
- Politische Stadtrundfahrten

Die rechtzeitige Buchung ist unbedingte Voraussetzung für einen freien Platz.

E-Mail: lothar.maier.ma01@bundestag.de
Telefon: +49 30 227-73367

Energie-Traumtänzer vernichten Deutschlands Wohlstand

Merkel-Grüne verraten Kohlekumpel und das ganze deutsche Volk

Auch wenn's den energiepolitischen Traumtänzern in Deutschland wehtut, eine Industrienation wie Deutschland lässt sich nicht mit sogenannten Erneuerbaren Energien bewirtschaften. Wer das – wie die merkel-grünen Klima-Jünger – behauptet, verrät das deutsche Volk. Mit dem geplanten Kohleausstieg so ganz neben bei auch noch 30.000 Kohlekumpel, die allein in Sachsen ihre Jobs in der Braunkohle verlieren. Eines steht deshalb fest, sobald die Alternative für Deutschland Regierungsverantwortung zu tragen hat, werden wir den aberwitzigen Ausstieg aus der Kohle wieder rückgängig machen. Anders ist Wohlstand in Deutschland auf der Basis einer sicheren Stromversorgung mittelfristig nicht möglich.

Nachdenken und ein bisschen eins plus eins zusammenzählen zeigt, warum das so ist und würde den Klima-Wahn erleuchteten Gutmenschen, die die Weisheit und Moral mit Löffeln gegessen haben, durchaus nicht schaden: 105 Gigawatt an elektrischer Leistung an Windenergie und Energie aus Solaranlagen waren im Januar in Deutschland installiert. Das sind schon jetzt gut 20 Gigawatt oder 30 Prozent mehr, als wir auch bei dem strengsten Winter in diesem Land verbrauchen. Dann wär ja alles gut – mitnichten. Die entscheidende Frage lautet nämlich, was haben diese Anlagen denn tatsächlich geliefert? Im Januar beispielsweise wollte die widerspenstige Natur mit Wind und Sonne immer mal nicht so, wie links-grüne Utopisten. Unerhört.

Die Folge: Wieder einmal stand wegen des Wetters deshalb nur weniger als ein Gigawatt – genau waren es 0,7 Gigawatt – von diesen 105 installierten Gigawatt zur Verfügung. Gebrauch wurden zum selben Zeitpunkt 72 Gigawatt, also über hundertmal mehr. Das entspricht 72 konventionellen Kraftwerken. Nur wenige Tage früher, als der Wind kräftig blies – von der Sonne war nichts zu sehen, schafften die hässlichen Windspargel auch nur 46 Gigawatt, also nicht einmal die Hälfte der installierten Leistung von 105 Gigawatt. Auf den momentanen Spitzenbedarf bezogen fehlten satte 29 Gigawatt. Das entspricht 29 konventionellen Kraftwerken.

Der April war zwar besonders erfolgreich. Den ganzen Monat über konnten aber die plötzlich auftretenden Angebotsspitzen von unserem Netz nicht aufgenommen werden und mussten mit

Verlusten ins Ausland verhökert werden, weil das gesetzlich durch das Energie-Einspeise-Gesetz (EEG) zur Subventionierung erneuerbarer Energien so vorgeschrieben ist. Dieser Zwangsverkauf kam uns mit einem Verlust von sage und schreibe 1,9 Milliarden Euro im Vergleich zum Börsenwert teuer zu stehen.

So bekommt der Terminus „Wechselstrom“ eine ganz neue Bedeutung: Wenn die Natur – und nur die Natur – es will, wechselt das Stromangebot aus Erneuerbaren Energien von zu viel bis zu gar nichts! Zur Aufrechterhaltung einer zuverlässigen Versorgung mit elektrischem Strom werden aber regelbare Kraftwerke benötigt, die automatisch mehr Strom liefern, wenn sich Verbraucher zuschalten und weniger, wenn Verbraucher abschalten. Wind und Solar gespeiste Kraftwerke ändern ihre Leistung nach den Launen des Wetters. Die Leistung ist nicht planbar und schwankt zwischen Null und 60 Prozent der installierten Leistung. Nachts gibt es keinen Solar- und bei Windstille keinen Windstrom. Dann müssen ausschließlich regelbare Kraftwerke die Versorgung übernehmen. Ein Kohleausstieg käme nur dann erst in Frage, wenn mindestens 40 Gigawatt Grundlast (Der Anteil der Strommenge in einem Versorgungsgebiet, der immer zu jeder Zeit benötigt wird) durch alternative Energien, zum Beispiel durch brauchbare Großspeicher, zur Verfügung stünden.

Großtechnische Speicher zur direkten oder indirekten Speicherung elektrischer Energie sind aber weltweit nicht einmal im Ansatz vorhanden. Große und preiswerte Speicher sind freilich nötig, um den

vom Wetter abhängigen Zufallsstrom aus alternativen Kraftwerken bedarfsgerecht in das Netz einspeisen zu können. Die Speicherkosten sind erheblich. Sie liegen deutlich über den Stromerzeugungskosten. Doch auch in der Speicher-Forschung sind keinerlei dramatische Durchbrüche zu erkennen, die man bräuchte, um mit zufälliger Schwankung erzeugten Strom aus solarer und Winderzeugung bedarfsgerecht zu verwenden, also dann, wenn man ihn braucht.

Die riesigen Lücken, die diese alternative Stromerzeugung unweigerlich bringt, müssen die vielgeschmähten Kohle- und Kernkraftwerke ausfüllen. Aber genau die sollen nach dem Diktat der opportunistischen merkel-grünen Tagträumer abgeschaltet werden. Der Kohleausstieg wird rein ideologisch begründet. Grundlage ist die Hypothese, dass der Mensch mit seinen CO₂-Emissionen die Erderwärmung maßgeblich beeinflussen könne. Dafür gibt es nach wie vor keinen einzigen Beweis. Selbst wenn man dieser absurden Theorie vom menschengemachten Klimawandel glaubt, dann könnten wir die Erderwärmung bei sofortiger Abschaltung aller deutschen Kohlekraftwerke rein rechnerisch maximal um 0,000284 Grad Celsius verringern!

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, zur Sicherung der Daseinsvorsorge den Ausstieg aus der Kohleverstromung (Kohleausstieg) erst dann mit entsprechender staatlicher Unterstützung zu planen, wenn mit Erneuerbare Energien betriebene Kraftwerke in Deutschland grundlastfähigen Strom in genügender Kapazität mit mindestens 40 Gigawatt Leistung liefern können.



Kriminalität durch Asylbewerber 45 Prozent ihrer Opfer sind Deutsche – Deutlich mehr Sexualdelikte

Im Jahr 2018 wurden im Bereich der Allgemeinkriminalität (ohne ausländerrechtliche Verstöße) in Deutschland insgesamt 165.769 Asylbewerber/Zuwanderer als Tatverdächtige registriert. Gegenüber dem Vorjahr (2017: 167.268) ist diese Zahl also nahezu konstant geblieben. Das ergibt sich aus dem aktuellen Bundeslagebild des Bundeskriminalamtes „Kriminalität im Kontext mit Zuwanderung“.

Mit diesem Lagebericht lässt sich trefflich dokumentieren, wie unsere Medienlandschaft trickst, verschweigt und manipuliert. Berichtet wurde darüber nämlich fast nichts. Anders bei der Polizeilichen Kriminalstatistik PKS, die am gleichen Tag Innenminister Seehofer präsentiert hatte und dabei über das „sichere Deutschland“ und einen Rückgang bei Laden- und Fahrraddiebstählen schwadronierte.



Worüber Seehofer nicht sprach und die Medien nicht berichteten: Kriminalität, begangen von Asylbewerbern/Zuwanderern. Das sind Personen, die als „Asylbewerber“, „Schutzberechtigter und Asylberechtigter, Kontingentflüchtling“, „Geduldeter“, oder unter der Rubrik „unerlaubter Aufenthalt“ registriert wurden. So stieg 2018 die Zahl der aufgeklärten Straftaten von Asylbewerbern/Zuwanderern um 2,2 Prozent auf ein Allzeithoch von 296.226 Straftaten,

das entspricht einem Anteil von 9,7 Prozent an allen In Deutschland verübten Straftaten (Vorjahr 9,3 Prozent). Um das ganze Ausmaß dieser katastrophalen Entwicklung zu verdeutlichen, genügt der Vergleich mit 2014, wo die Anzahl der entsprechenden Straftaten noch bei 115.011 lag (3,6 Prozent aller Straftaten). Somit führte die rechtswidrige Grenzöffnung für eine Massen-Invasion aus dem Orient durch die Regierung Merkel inzwischen zu 181.215 zusätzlichen Straftaten!

Die Verbrechen, bei denen Deutsche ausländischen Bittstellern in Gestalt von kriminellen Zuwanderern/Asylbewerbern zum Opfer gefallen sind, haben sich in allen Bereichen der Gewaltdelinquenz erhöht. Die Opfer-Zahl deutscher Staatsbürger stieg 2018 gegenüber 2017 um satte 20 Prozent. Das liest und hört man natürlich nirgends. Unter den insgesamt 101.956 Opfern von Straftaten durch Asylbewerber-/Zuwanderer als Tatverdächtige befanden sich insgesamt 46.336 Deutsche. Ein Jahr zuvor waren es 39.096 deutsche Opfer. Der Anteil der deutschen Opfer durch Zuwanderer-Kriminalität liegt somit aktuell bei 45 Prozent oder anders ausgedrückt, fast jedes zweite Opfer von kriminellen Asylbewerbern ist deutscher Staatsbürger.

Werden Asylbewerber zu Verbrechern, geht es meist um Straftaten gegen das Leben, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und Körperverletzungen. Bei den vorliegenden Daten handelt es sich um aufgeklärte Verbrechen. Zu berücksichtigen ist aber, dass die Dunkelziffer – wie stets – weitaus höher liegt. Dies gilt eben und gerade auch für „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“. In diesem besonders

abscheulichen Deliktfeld wurden vergangenes Jahr 3.261 Deutsche, Frauen oder junge Mädchen, Opfer einer Straftat mit mindestens einem Asylbewerber als Tatverdächtigem. Das sind 21 Prozent mehr als noch ein Jahr zuvor!

Damals mussten 2.706 Deutsche, meist Frauen und Mädchen, ein Sexualverbrechen – begangen von mindestens einem Asylbewerber – über sich ergehen lassen. Insgesamt waren 74 Prozent aller Opfer von Sexualdelikten durch Asylbewerber als Tatverdächtige deutsche Staatsangehörige.

Im Zeitraum 2015 bis 2017 kamen 1.356.000 Asylsuchende nach Deutschland. Im Jahr 2018 reisten 164.693 Asylsuchende ein. Die drei Hauptherkunftsstaaten des Jahres 2018 waren Syrien, Irak und Iran mit einem Gesamtanteil von zusammen 44 Prozent. Asylsuchende aus Afghanistan sind gegenüber den Jahren 2016 und 2017 jetzt nicht mehr unter den TOP-drei-Herkunftsstaaten vertreten. Von allen Asylbewerbern waren 73 Prozent unter 30 Jahre alt, 65 Prozent männlich und 35 Prozent weiblich.

Gegenüber dem Jahr 2017 hat die Zahl der Asylsuchenden aus dem Iran (plus 41 Prozent), Nigeria (plus 35 Prozent) und der Türkei (plus 31 Prozent) stark zugenommen, während die Zahlen der Asylsuchenden aus Gambia (minus 50 Prozent), den Balkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und Serbien (minus 45 Prozent) sowie den Maghreb-Staaten Algerien, Marokko, Tunesien (minus 24 Prozent) deutlich zurückgegangen sind.

Schnee Ende Mai auf der Zugspitze

Unerhört! Klima macht, was es will – Ohne Grünen-Sonderparteitag!

Das ist wirklich unerhört! Was erlauben Klima? Das Klima, bekanntlich durch links-grüne Spinner unter Kuratel der „speciei homo sapiens“ gestellt, macht plötzlich, was es will! Ohne Mitgliederbefragung oder Sonderparteitag der Grünen! Auf Deutschlands höchstem Berg, der Zugspitze, liegen derzeit ganze 6,45 Meter Schnee. Der Bayerische Rundfunk meldet am 2. Juni: „Sechs Meter und 45 Zentimeter Schnee im Mai auf der Zugspitze – das ist so viel wie seit fast 40 Jahren nicht mehr. Im Jahr 1980 wurden zuletzt im Mai 6,80 Meter auf der Zugspitze gemessen“.

Wie ist das möglich? Die Grünen haben uns doch eine Dürreperiode verordnet, um in Gretas Namen und Beistand ihren totalitären Machtanspruch weiter zu festigen? Dabei gibt es bei den pathologisch dem Klima-Wahn Verfallenen doch sofort einen Schüttel-Schreikampf „KLIMAKATASTROPHE“ (meist unter Begleitsymptomen wie Erbrechen und Augenzittern), wenn an einem Frühlingstag die Quecksilbersäule mal über 15 Grad ansteigt. . . Bei der Bundespressekonferenz ist dann die bekannte links-grüne Verbots-Litanei im Namen Gretas zu vernehmen: Bundesbürgern sei ab

sofort nur noch eine von den Grünen bestimmte Zahl an Urlaubsflügen gestattet. Inlands- und Langstreckenflüge dürfen nur noch die Wahrheits-Gesalbten der Grünen nutzen.

Wie kürzlich Claudia Roth, Deutschland-Hasserin und best-dotierte Bundestagsvizepräsidentin: 41.000 Kilometer flog sie rund um die Welt, um sich vor Ort über die Folgen des Klimawandels zu empören. Destination: Das Traumziel in der Südsee, die Fidschi-Inseln. Dort – obwohl wie stets schmeichelnd weit und luftig gewandert – floss ihr der Schweiß in Strömen über die gekonnt sorgenvoll gefaltete Stirn – vom Menschen gemachter Klimawandel halt.

Fazit: Viel zu warm bei diesen Fidschis. Roths Forschungsreise ging kreuz und quer um die Welt – Business Class versteht sich, Champagner und Lachs-Häppchen inklusive. „Bild“ bezifferte den Kostenaufwand für den Steuerzahler auf rund 9.400 Euro. Die Öko-Bilanz der Roth-Langstrecken-Flüge: verheerend! Der CO₂-Anteil pro Person beträgt – wohlwollend gerechnet – etwa 17 Tonnen! Schwamm drüber! Grüne als Gralshüter der Klima-Wahrheit und im Besitz alleiniger höherer moralischer Einsichten und Einstellungen sind eben etwas gleicher als die von ihnen Bevormundeten – Quod licet jovi non licet bovi – Was dem Herrn erlaubt ist, ist dem Ochsen noch lange nicht erlaubt. . . .

Qualitäts-Lügen-Medien

Dürre-Sommer für 2019 heraufzubeschwören ist Klima-Wahn-Fake

Darauf haben sie nur gewartet. Gierig stürzten sich Qualitäts-Lügen-Medien in ihrer Klima-Wahn-Verblendung auf diese Meldung: Auch der Sommer 2019 werde ein Dürre-Sommer. Keine Links-Postille, in der diese Nachricht nicht auf Seite eins zu finden war. Richtig ist, 2018 war ein sehr trockenes Jahr. Wie wir uns erinnern, fiel im gesamten Jahr extrem wenig Niederschlag, besonders in der Landwirtschaft kam es zu massiven Dürreschäden. Für die Prognose 2019 fehlt indes jeder Beleg.

Ein Mitarbeiter des Deutschen Wetterdienstes wird lediglich mit der Aussage zitiert, dass wir mit einer großen Trockenheit zu rechnen haben, wenn es weiterhin so wenig Regen gibt. Diese Aussage führt gleichwohl zu keinem Erkenntnisgewinn, ob es nun ein trockener Sommer werden könnte oder nicht. Sie könnte auch von einem Frosch auf seinem Treppchen quakend im Wasserglas getätigt worden sein. Ähnlich intelligent wäre die Feststellung: Wenn es im Sommer heftig regnet, dann erwarten wir einen Hochwassersommer.

Die Meldung machte dann aber ziemlich rasch die Runde und führte in den Papageien-Medien zur Schlagzeile vom „Dürre-Sommer 2019“. Dabei hatte der Deutsche Wetterdienst zu keinem Moment eine Prognose zu möglichen Sommer-niederschlägen abgegeben. Für Klima-Propagandisten spielt das aber auch nicht die geringste Rolle. Die gewohnte Apokalypse-Kampagne nahm Greta-mäßig ihren Lauf.

Experten sähen Anzeichen dafür, dass es 2019 noch schlimmer werde als 2018 – sollte ein weiterer Dürre-Sommer folgen. Das Hamburger Abendblatt beispielsweise untermalte seine Geschichte mit trostlosen Dürre-Bildern des vergangenen Jahres. Tatsache aber ist, dass Wettervorhersagen für Juli oder August heute seriös noch nicht zu erstellen sind. Gleichwohl gibt es Wetterdienste, die versuchen, einzelne Monate abzuschätzen. Dass lässt Prognosen zu, ob es im kommenden Monat wärmer oder kälter oder eher trockener beziehungsweise nasser als im langjährigen Klimamittel werden könnte. Das war es dann aber auch.

Politiker und sie begleitende Medien, deren Geschäftsmodell auf der Klima-Katastrophen-Angst basiert, hoffen in dauernden Dürre-

Meldungen auf fette Prozent-Zuwächse in Umfragen. Anton Hofreiter, ein ganz aus der Art geschlagener Bayer und Grünen-Fraktionschef im Bundestag, weiß die Flöte des Rattenfängers von Hameln besonders kunstvoll zu spielen – ihm kommt jede Dürre-Meldung gerade recht: „Die Bevölkerung ist schon länger für den Kohleausstieg. Aber die Dringlichkeit ist jetzt durch den Dürresommer noch mal deutlich geworden. Der hat gezeigt, dass die Klimakrise nichts ist, was nur in ferner Zukunft oder in fernen Ländern stattfindet, sondern jetzt und bei uns“. Falsch.

Denn das träfe dann auch für die Jahre 1893, 1904, 1911, 1919, 1947, 1959 oder 1976 zu, denn in jenen Jahren herrschten noch extremere Dürrebedingungen als 2018. War es damals der „vom Menschen verursachte Klimawandel“? Mit Sicherheit nicht. Vielmehr gehört das Auftreten von extrem trockenen Sommern oder Sommerhalbjahren zur natürlichen Schwankungsbreite des Klimas in Deutschland. Da extrem trockene Sommer oder Sommerhalbjahre in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland nicht häufiger geworden sind, ist es abwegig zu behaupten, der „vom Menschen gemachte Klimawandel“ sei für die Dürre 2018 verantwortlich.

Die Apologeten des Weltuntergangs waren schon während der Dürre in den USA 1988, der Dürre in Ostdeutschland 1992 oder während des Hitzesommers 2003 „am Werk“. Auch damals wurde immer wieder behauptet, dies sei ein „Beweis“ für den „menschengemachten Klimawandel“. Und von nun an würden Hitze- und Dürresommer immer häufiger. Und in den Folgejahren kamen dann keine Hitze und Dürresommer, sondern feuchte und vergleichsweise kühle Sommer.

Auch die Hitze des vergangenen Jahres oder von 2003 ist kein Beleg für einen „vom Menschen verursachten Klima-Wandel“. Als „heiße Tage“ gelten Tage, an denen die Höchsttemperatur 30 Grad Celsius überschreitet. Seit den 1980er Jahren hat sich die Anzahl dieser Tage in Deutschland etwa verdoppelt. Jedoch hat ihre Häufigkeit seit den 1990er Jahren nicht weiter zugenommen und Dürren sind seit den 1980er Jahren trotz eines CO₂-Anstiegs in der Atmosphäre weder in den USA noch in Deutschland noch weltweit häufiger oder extremer geworden.

Diese Fakten-Lage widerspricht also schmerzhaft dem politisch und medial gewünschten Narrativ. Die Politik braucht zur Durchsetzung drastischer klimapolitischer Maßnahmen Schreckensszenarien und Medien sind an Katastrophen interessiert, nicht an wissenschaftlichen Feinheiten. „Klimawissenschaftler“ werden in der Öffentlichkeit, in den Medien und in der Politik nur wahrgenommen, wenn sie Katastrophen verkünden. „Klimaforschung“ wird außerdem zu über 90 Prozent vom Staat, also mit Steuergeldern, finanziert. Um von diesem Kuchen ein Stück abzubekommen, muss man auf die Katastrophe setzen, vor ihr warnen. Nur dann fließen die Gelder. Niemand bekommt Geld, wenn er sagt, die Katastrophe bleibt aus. Und niemand bekommt Forschungsgelder vom Staat, wenn er die politisch gewünschte Linie nicht bedient.

Das führt zu einem System, das sich selbst und das Narrativ von der Klimakatastrophe immer wieder bestätigt, in einer Art self-fulfilling prophecy oder quasi gefangen in einer "Echo-Kammer". Die verfilzten Interessen zwischen der „Klimawissenschaft“, der Politik, der Forschungsförderung und den Medien sorgen dann dafür, dass nicht wissenschaftlich belastbare Erkenntnisse an die Öffentlichkeit gelangen, sondern Fake Science und Fake News.

Übrigens war die Hitze 2006 ebenfalls sehr hoch. Damals nannte man diese Hitzewelle „Sommermärchen“ und feierte die Fußball-WM im eigenen Land. Lassen wir also den Sommer 2019 auf uns zukommen, angstfrei und in froher Erwartung.



54 Prozent der Asylbewerber ohne Pass Nigerianer, Afghanen Eritreer, Somalier haben praktisch nie Papiere

Man kennt die Bilder seit dem Invasionsherbst 2015: Asylbewerber strömen als sogenannte „Flüchtlinge“ ins Land. Sie konnten – verständlicherweise – Merkels Einladung zu den Fleischtopfen – erarbeitet von fleißigen Deutschen – nicht widerstehen. Über die Hälfte von ihnen (54 Prozent) haben keine Papiere aber die meisten ein Handy. Von 6.377 Nigerianern, die es zwischen 1. Januar und 31. Dezember 2018 nach Deutschland zog, hatten 96,7 Prozent keinen Pass, keinen Passersatz oder einen Personalausweis – statistisch gesehen also praktisch so gut wie keiner.

Ähnlich hoch die Quote bei 4.101 Afghanen, die im gleichen Zeitraum in unser Land kamen: 85,9 Prozent konnten keine Identitätspapiere vorweisen. Bei 2.646 Eritreern waren 86,8 Prozent ohne Ausweis, bei 2.413 Somaliern 96,5 Prozent und bei Menschen aus Guinea und Pakistan konnten sich 98,6 Prozent beziehungsweise 89,0 Prozent

Zugang zur bundesdeutschen Rund-Um-Vollversorgung verschaffen, obwohl sie sich nicht ausgewiesen haben. Diese Zahlen nannte jetzt die Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion.

Dass hier die Gefahr der Leistungerschleichung durch Mehrfach-Identitäten bei mehreren Behörden oder Kommunen besteht, liegt auf der Hand. Darüber „liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor“, heißt es lapidar auf unsere Anfrage. Überdies: In Deutschland sind rund 450.000 Ausländer zur Fahndung ausgeschrieben, entweder weil sie festgenommen werden sollen oder aber ihr Aufenthaltsort unbekannt ist.

Unter den zur Aufenthaltsermittlung ausgeschriebenen 269.562 ausländischen Staatsangehörigen befinden sich 64.273 ausländische Staatsangehörige, die wegen Verstoßes gegen das Asylgesetz gesucht werden. Unter den insgesamt 160 Nationalitäten sind am häufigsten folgende

vertreten: Afghanistan (7.980), Pakistan (5.388), Syrien (3.676), Irak (3.671) und Algerien (3.333). Der Anteil von Männern beträgt 85 Prozent, von Frauen 15 Prozent und von Minderjährige (unter 18 Jahre) fünf Prozent.

Eine zentrale Sperrung für Leistungen gibt es für Personen, die zur Fahndung ausgeschrieben sind, übrigens nicht. Wer Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (etwa Grundsicherung, Hartz IV) beziehen will, muss sich natürlich bei der Antragstellung in den Jobcentern durch ein Ausweiseratzdokument oder eine andere amtliche Ersatzbescheinigung legitimieren. Aber – eigentlich unfassbar – Personengrunddaten stehen zwar generell zur Verfügung, eine sichere Identifizierung über Fingerabdrücke gibt es bei den Jobcentern gleichwohl nicht. Diese Identifizierung eines Bittstellers über Fingerabdrücke wurde bei Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sage und schreibe auch erst seit 27. Februar 2019 gesetzlich möglich.

Alarmstufe Rot

14 Jahre CDU: Deutschlands Verteidigungsfähigkeit ist geschwächt

Die Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Sicherheit gehört zu den grundlegenden staatlichen Aufgaben. Die Gewährleistung dieser primären Bringschuld des Staates ist in Deutschland – jedenfalls, was die Verteidigungsfähigkeit auch in Zeiten asymmetrischer Bedrohungslage angeht – nicht mehr gegeben. In 14 Jahren CDU-Regierung ist Deutschland in einem Maße abgewirtschaftet, das zum Amtsantritt Merkels 2005 unvorstellbar war.

Unter CDU-Führung ist die Bundeswehr in ihrer Einsatzfähigkeit massiv geschwächt, die Materiallage ihrer Hauptwaffensysteme ist nur noch mangelhaft, weil ausgerechnet die CDU-Regierungen die Bundeswehr sträflich vernachlässigt haben. Harald Kujat, jahrelang als Generalinspekteur ranghöchster Soldat der Bundeswehr bringt es auf den Punkt: „Unsere Sicherheit ist bei dieser Bundesregierung nicht in guten Händen. Verbunden mit sicherheitspolitisch relevanten Fehlentscheidungen hat die Unterfinanzierung seit mehr als zehn Jahren dazu geführt, dass die Bundeswehr den Herausforderungen der Landes- und Bündnisverteidigung, also ihrer verfassungs-

gemäßen Kernaufgabe, nicht mehr gewachsen ist“. Eine Feststellung aus berufenem Munde, die einer Total-Bankrott-Erklärung gleichkommt.

Desaströs für die Bundeswehr auch die Tatsache, dass Deutschland seinen Verpflichtungen im NATO-Verteidigungsbündnis seit Jahren nicht nachkommt: Zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) des jeweiligen Mitgliedslandes sollen die Bündnispartner der NATO jährlich in ihren Landes-Haushalten für Verteidigung einstellen. Davon ist Deutschland meilenweit entfernt. Für 2017 waren im Bundeshaushalt 37,0 Milliarden Euro für das Verteidigungsministerium eingeplant. Dies entspricht bei einem Bruttoinlandsprodukt von 3,26 Billionen Euro einem Anteil von 1,13 Prozent. General Kujat meint dazu: „Unsere Verbündeten fragen sich völlig zu Recht: Was ist das Wort der deutschen Kanzlerin überhaupt noch wert? Deutschland hat sich verpflichtet. Punkt“.

Ein Anteil von zwei Prozent wäre bei Verteidigungsausgaben in Höhe von 65,3 Milliarden Euro erreicht. Dazu wäre aber eine Aufstockung des Budgets um gut drei

Viertel oder 28,3 Milliarden Euro notwendig. Zum Vergleich: Den massenhaften Asylanstrom ließ sich Deutschland 2017 und vergangenes Jahr insgesamt 41,65 Milliarden Euro kosten, das ist fast anderthalb mal so viel, wie für Verteidigung notwendig wäre. Bei Verteidigung sparen und 1,5 Millionen Zuwanderer ins Land holen, die uns dieses Jahr mindestens wieder 22,2 Milliarden Euro kosten werden, ist sicher keine Politik „zum Wohle des deutschen Volkes“, wie es in Merkels Amtseid heißt.

Übrigens wird die Größe von zwei Prozent des BIP weltweit durchschnittlich übertroffen. Insgesamt werden 2,2 Prozent des Weltinlandsprodukts in militärische Zwecke investiert. Der größte Anteil unter den großen Ländern wird von Russland aufgebracht, wo 5,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Militär ausgegeben werden. In den USA sind es 3,3 Prozent. Von den großen europäischen Ländern liegt Frankreich mit 2,3 Prozent vor Großbritannien, das das mit 1,8 Prozent folgt. Selbst Italien liegt mit 1,5 Prozent des BIP für Verteidigung noch vor Deutschland. Die EU insgesamt investiert 1,5 Prozent seines

BIP in die Verteidigung. Dabei nehmen sich die Verteidigungsbemühungen Deutschlands mit ihren 1,13 Prozent des BIP bescheiden aus. In Asien zeigt sich das militärische Engagement Chinas in einem Anteil von 1,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, während Japan seine Verteidigung gerade einmal 0,9 Prozent seines BIP wert ist.

Die Vereinigten Staaten verfügen mit großem Abstand über das größte Militärbudget der Welt. Allein ihre Ausgaben belaufen sich auf ein Drittel

der weltweiten Militärausgaben. Die nächsten beiden Länder – China und Russland – kommen kumuliert nur auf die Hälfte der amerikanischen Summe. Vor diesem Hintergrund müssen die Verteidigungsausgaben Deutschlands deutlich erhöht werden. Die verantwortungslose Verteidigungspolitik der Merkel-Regierung schadet den deutschen Sicherheitsinteressen und mindert das Ansehen Deutschlands in der Welt nachhaltig.

Die CDU mit ihren Verteidigungsministern hat die Ausrüstung der Bundeswehr in den vergangenen

Jahren regelrecht verlottern lassen. Jüngstes Beispiel: Von den 53 Kampfhubschraubern vom Typ „Tiger“ waren im vorigen Jahr durchschnittlich nur 11,6 Maschinen einsatzbereit. Die Einsatzbereitschaft unter den 71 Transporthubschraubern des Typs „NH90“ ist mit nur 17,5 Maschinen ebenso ein Skandal wie die Tatsache, dass beim Transporthubschrauber vom Typ „CH-53“ im vergangenen Jahr lediglich 15,9 Hubschrauber von den insgesamt 71 Maschinen dieses Typs in die Luft gehen konnten.

Visagisten - Geht´s noch?

Merkel, Olaf Scholz und Maas sind mit Steuermitteln „aufgebrelzt“

Geht´s noch? Angela Merkel, Olaf Scholz und Heiko Maas lassen sich ihre Visagen auf Kosten der Steuerzahler „verschönern“ – Visagisten, Stilberater und Friseure der unsäglichen Kanzlerin, des dauer-grinsenden Finanzministers (dem eigentlich ob der aktuellen Haushaltslage das Lachen endgültig vergangen sein sollte) sowie des Außenministers mit seiner attraktiven Schauspieler-Freundin werden von den jeweiligen Ministereien bezahlt. Die Herrschaften lassen sich auf Kosten des Steuerzahlers „aufbrelzen“. Das brachte jetzt die Antwort auf eine entsprechende Anfrage der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag zutage!

In der Antwort der Bundesregierung heißt es aus den einzelnen Ressorts:

„Die Bundeskanzlerin nimmt für Make-up und Frisur die Leistungen einer freiberuflichen Assistentin in Anspruch. Die diesbezüglichen Ausgaben werden aus dem Etat des Bundeskanzleramtes bezahlt“. Um keine „Geschäftsgeheimnisse offenzulegen“ werden zu den Kosten – nach denen die AfD explizit gefragt hatte - keine Angaben gemacht. Unabhängig von der Frage, dass Frau Merkel kosmetische Unterstützung gut vertragen kann, soll sie die erforderlichen Kosten dafür bittschön doch selbst entrichten. Das sollte bei einem Jahresgehalt von rund 334.000 Euro doch eigentlich gerade noch drin sein? Was kommt jetzt als nächstes? Brustverkleinerung? Gesichtsstraffung? Beseitigung der Tränensäcke? Fettabsaugung?

„Staatsministerin Widmann-Mauz (ebenfalls Bundeskanzleramt) hat für zwei Termine Visagisten-Dienstleistungen in Anspruch genommen.

Die Ausgaben wurden aus dem Etat der Beauftragten getragen“. Hier hat bereits der Bundesrechnungshof die Rückerstattung der Kosten eingefordert, denn die Behandlung hat dem grauen Merkel-Mäuschen offensichtlich auch nicht geholfen.

BMF (Bundesfinanzministerium): „Bundesminister Scholz hat für einen Termin Visagisten-Dienstleistungen in Anspruch genommen. Die Ausgaben wurden aus dem Etat des Bundesfinanzministeriums getragen“. Was bitte kann ein Visagist für jemanden wie Olaf Scholz Gutes tun? Nothing for nothing (Nach Billy Preston). Hier wäre eher Professor Mang aus Lindau gefragt. Dem erfahrenen Schönheits-Chirurgen sollte es doch gelingen, dieses grässliche Dauer-Grinsen bei Scholz wegzuoperieren, das dann bitte gerne auf Staatskosten, denn dann wäre Deutschland insgesamt geholfen.

AA (Auswärtiges Amt): „Bundesminister Maas hat für einen Termin eine Visagisten-Dienstleistung in

Anspruch genommen. Die Ausgaben wurden aus dem Etat des Auswärtigen Amtes getragen“. Für welchen Termin? Ach so, sein erstes Date mit Natalia Wörner! Das muss man doch verstehen. Und die Kosten für die Spezialschuhe mit den erhöhten Absätzen? Die braucht Maas, um mit seiner Angebeteten auf Augenhöhe zu verkehren, hat die auch der Steuerzahler berappen müssen? Da hört der Spaß aber auf!

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft BMEL (Ministerin ist Julia Klöckner): „Im Vorfeld von dienstlich veranlassten Interview-, Medien- und Presseterminen“. Aha. Also nicht nur einmal (wie bei Maas mit Wörner), sondern mehrmals, sozusagen immer? Wer Julia Klöckner einmal in natura gesehen hat, weiß, hier werden Steuergelder sinnlos verschleudert, denn sie hat (als ehemalige Weinkönigin allemal) als einzige unter den Genannten wirklich keine Verschönerungs-Maßnahmen nötig, die Frau sieht einfach spitzenmäßig gut aus...



Mitbürger: Aufgepasst! Das muss man zur Wahl am 26.Mai wissen: Jetzt steht fest – Altparteien lehnen mehr Sicherheit für Bürger ab

Deutschland leidet unter Messerstechern, Mördern Vergewaltigern und Schändern unserer deutschen Frauen und Mädchen. Dem will die Alternative für Deutschland Einhalt gebieten. Und jetzt ist es eindeutig bewiesen: Der Vereinigte Links-Block unter CDU-Führung im Deutschen Bundestag will den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr Sicherheit durch eine dringend notwendige Reform des Strafrechts und Ausländerrechts gewähren!

Mit fadenscheinigen Begründungen haben die Altparteien im Deutschen Bundestag im Rechtsausschuss knapp zwei Wochen vor der Europa-Wahl eine umfangreiche Gesetzes-Novelle der AfD zur Inneren Sicherheit und der Verschärfung des Strafrechts abgelehnt. Der Gesetzes-Vorschlag der Alternative für Deutschland hätte den Strafverfolgungsbehörden ein wirksames Instrumentarium an die Hand gegeben, um Deutschland sicherer zu machen. Wir wollten unter anderem erreichen, dass durch Änderungen im Ausländerrecht Asylbewerber, die kein Bleiberecht haben oder straffällig geworden sind, ausgewiesen beziehungsweise abgeschoben werden können – Abgelehnt!

Wir wollten in das Asylgesetz eine Präventivhaft eingeführt wissen, die solange andauert, wie von dem Ausländer eine Gefahr für die Sicherheit der

Bundesrepublik Deutschland oder die Allgemeinheit ausgeht – Abgelehnt! Wir wollten die gesetzliche Regelung der Ausweisung umstrukturieren: Abgelehnt! Wir wollten eine Unterbringung von Ausländern in einem aufnahmebereiten Drittstaat ermöglichen. Von dieser Möglichkeit sollten die Behörden primär bei ausreisepflichtigen Ausländern Gebrauch machen können. Ist dies nicht möglich, sollte bei Vorliegen einer entsprechenden Gefahrenlage Haft angeordnet werden können, die solange fortbesteht, wie die Gefahrenlage andauert – Abgelehnt!

Als ultima ratio wollten wir künftig die Anordnung einer Haft einführen, wenn von dem ausreisepflichtigen Ausländer generell Gefahren ausgehen – Abgelehnt! Auch die weiteren AfD-Initiativen wurden durchweg von den Altparteien abgeblockt: Verschärfung der Überwachung der Ausreise ausreisepflichtiger Ausländer. Eine Anerkennung als Flüchtling nach Paragraph 60 Absatz eins Aufenthaltsgesetz (AufenthG) sollte künftig ausgeschlossen sein, wenn der Ausländer aus schwerwiegenden Gründen als eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland anzusehen ist oder eine Gefahr für die Allgemeinheit bedeutet, weil er wegen einer Straftat rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr oder zu einer Jugendstrafe verurteilt worden war und die Strafe oder Maßnahme nicht zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Die Innere Sicherheit ist zentrale Aufgabe des Staates, da sie dem Schutz der Gesellschaft und des Staates vor Kriminalität, Terrorismus und vergleichbaren Bedrohungen, die sich aus dem Inneren der Gesellschaft selbst heraus entwickeln, dient. Hierunter zählt man auch den Schutz vor internationalem Terrorismus und organisierter Alltagskriminalität. Durch die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols wird die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechterhalten. Tatsache ist jedoch, dass es der Exekutive auf Bundesebene und auch auf Landesebene zunehmend schwerer fällt, diesen Auftrag zu erfüllen. Dies gilt insbesondere für die latente Bedrohung durch den Terrorismus, die organisierte Kriminalität und die Zunahme von Delikten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Dieser Lageanalyse wollte die Alternative für Deutschland gesetzgeberisch Rechnung tragen.

Aber alle unsere Vorschläge im Deutschen Bundestag für eine nachhaltige Optimierung der Sicherheitslage in Deutschland wurden jetzt unisono von allen Altparteien abgelehnt! Der Text unseres Gesetz-Entwurfs hier zum Nachlesen:

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/050/1905040.pdf>

Aufgeblähtes EU-Budget verringern – AfD-Gehaltsrechner zeigt Vorteil Mit EU-Einsparungen Durchschnitts- und Geringverdiener entlasten

Kaum zu glauben, aber wahr: Die EU in Brüssel hat Probleme, die von den Mitgliedsstaaten herausgepressten Milliarden – allen voran natürlich Deutschland – unters Volk zu bringen! Bei der Umsetzung des laufenden Finanzrahmens sind allein bis Ende 2018 Reste in Höhe von 280 Milliarden Euro entstanden. Bis zum Ende der laufenden Periode werden es nach Kommissionsschätzungen 294 Milliarden Euro sein. Der Grund: Freigegebene Mittel werden vielfach gar nicht abgerufen, unter anderem deshalb, weil die Mitgliedstaaten nicht bereit sind, die vorgegebenen Kofinanzierungs-Anteile zu leisten. Dies zeigt überdeutlich, dass viele dieser EU-Programme einfach unnötig sind.

Über ein Dutzend der EU-Ausgabenprogramme – vom sogenannten Kohäsionsfonds bis zu sogenannten „Vorbeitritts-Hilfen“ – ist völlig überflüssig. Ihre beabsichtigten Förderziele können effizienter und vor allem billiger auf nationalstaatlicher Ebene umgesetzt werden oder überschreiten schlicht die Zuständigkeiten der EU, Zuständigkeiten, die sich der Riesen-Krake namens „EU“ im Laufe der Jahre unter den Nagel gerissen hat.

Das ließ Zentralismus, Doppelstrukturen und sozialistische Planwirtschaft wuchern mit den lähmenden Auswüchsen an Bürokratie, Korruption und Mitnahmeeffekten. Die AfD fordert in einer

umfangreich begründeten Vorschlagsliste (<http://www.afdfraktionsapps.de/gehaltsrechner/antrag-eu-budget.pdf>), das sinnlos aufgeblähte Eurozonenbudget deutlich einzuschränken und Budgetverantwortung auf die nationalstaatliche Ebene zurück zu verlagern. Daneben muss der mehrjährige Finanzrahmen der EU auf ein Volumen von 0,22 Prozent des Brutto-Nationaleinkommens heruntersetzt werden, so dass vom Jahr 2021 an weit über als 20 Milliarden Euro pro Jahr in Deutschland für andere Zwecke zur Verfügung stehen.

Mit diesen freigewordenen Mitteln wollen wir in Deutschland Durchschnitts- und Geringverdiener

und Selbständige bei den Sozialabgaben entlasten, denn Deutschland gehört zur Weltspitze bei der Steuer- und Abgabenbelastung. In kaum einem anderen Land bleibt den Erwerbstätigen so wenig netto vom Brutto wie in Deutschland. Dies ist einer der Hauptgründe, warum Armut in einem reichen Land wie Deutschland existiert. Selbst in Vollzeit arbeitende Menschen haben oft Probleme, die Miete zu bezahlen und sind damit kaum bessergestellt als Arbeitslose oder Hartz-IV-Empfänger. Vielfach reicht ein Gehalt nicht mehr aus, um eine Familie zu finanzieren, geschweige denn Wohneigentum

Die AfD fordert die Bundesregierung auf, wesentlich mit den durch die von uns geforderte Reduktion des Eurozonenbudgets frei werdenden Mitteln vom 1. Januar 2021 an gesetzlich versicherte Arbeitnehmer und Selbständige spürbar zu entlasten und die dadurch noch entstehenden Mindereinnahmen bei den Sozialversicherungen

aus Steuermitteln auszugleichen.

Im Einzelnen wollen wir, dass bis zu einer Höhe der Sozialabgaben von 300 EUR des Arbeitnehmeranteils im Monat Arbeitnehmer vollständig von Sozialversicherungsbeiträgen befreit werden. Im Intervall 300,01 EUR bis 600 EUR pro Monat erfolgt eine Entlastung in Höhe von 600 EUR abzüglich der nach aktuell bestehender Berechnung zu leistenden Sozialabgaben. Ab 600,01 EUR pro Monat soll es keine Entlastung mehr geben.

Jährlich soll eine Anpassung der genannten Beträge stattfinden, die der Inflationsrate des Vorjahres entspricht. Bei Selbständigen wollen wir, dass jeweils 50 Prozent der Beiträge zu den gesetzlichen Sozialversicherungen als „fiktionaler Arbeitnehmeranteil“ behandelt und ebenfalls steuerlich ersetzt werden, sofern der Betroffene gesetzlich renten-, arbeitslosen- und krankenversichert ist. Bei Versicherung in nur einer oder zwei

der gesetzlichen Sozialversicherungen verringert sich der Betrag anteilig. Um eine Magnetwirkung zu verhindern, die eine Vielzahl von Selbständigen aus ihrer privaten in die gesetzliche Krankenversicherung drängen lässt, werden gesetzliche Zugangsvoraussetzungen eingerichtet.

Schließlich sollen die aus Steuermitteln geleisteten Ausgleichszahlungen an die Sozialversicherungen den entlasteten Arbeitnehmern zugerechnet werden. Sie sollen die Höhe der Ansprüche von gesetzlich Versicherten aus der Renten- und Arbeitslosenversicherung nicht berühren. Die Arbeitgeberanteile bleiben unangetastet.

Wie sich unsere Vorschläge für sie ganz persönlich auswirken, zeigt unser GEHALTSRECHNER, der Ihnen Ihren Vorteil individuell auf Euro und Cent anzeigt:

www.afdbundestag.de/gehaltsrechner

Freies Internet für freie Bürger!

Regierung zensiert und beschränkt für eigenes Meinungsmonopol

Das Internet ist aus dem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken. Die Lebenswelten der Bürger spielen sich längst auch in sozialen Netzwerken und digitalen Welten ab. Ein moderner Staat, der sich der umfangreichen Digitalisierung verpflichtet fühlt, muss gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen, die den heutigen gesellschaftlichen Anforderungen entsprechen. Das Internet hat die öffentliche Debatte demokratisiert. Die Netzgemeinde bestimmt, darüber, was diskutiert wird, und nicht vermeintliche Meinungs-Monopolisten in Rundfunkräten, Redaktionen oder Regierungsbüros.

Diese Entwicklung ist natürlich den Mächtigen in Politik und Medien ein Dorn im Auge. Sie müssen zusehen, wie sich Diskussion und Meinungsbildung ins Netz verlagern und wie sie selbst die Deutungshoheit verlieren, Tag für Tag ein Stück mehr. Das lässt die Apologeten der Meinungsdictatur in Redaktionsstuben einer sich selbst gleichgeschalteten Medienlandschaft um ihre Macht fürchten. Die etablierten Medien, die gerade mit ihrem Erziehungs- und Haltungsjournalismus völlig zu Recht auf breiter Front Zustimmung verlieren versuchen jetzt verzweifelt, die Konkurrenz im Internet auszuschalten.

Die deutsche Regierung, sekundiert von ihren Gesinnungsgenossen einer Lügen-Presse und natürlich EU-Bürokraten bekämpfen das freie Netz. So wollen sie ihr Meinungsmonopol verteidigen, Deutungs- und Wissenshoheit als Instrument der Manipulation gegen freie Rede und Meinung absichern. Sie tun es mit allem, was die Trickkiste zur Unterdrückung der freien digitalen Meinungsäußerung hergibt.

Die in Deutschland von der Bundesregierung ausgehenden Initiativen kann man nicht anders als einen Krieg gegen die offene und freie Debatte sehen und in der Summe als gewollte Strategie gegen die Freiheitsrechte einstufen. Alle wesentlichen Gesetze, die die Große Koalition oder die EU dazu beschlossen haben (Netzwerkdurchsetzungsgesetz NetzDG, EU-Urheberrechtsreform, Datenschutz-Grundverordnung), zeichnen sich durch einen zutiefst repressiven Charakter aus. Die Unterdrückungs-Instrumente der Bundesregierung dienen dem Ziel, den Diskurs von den sozialen Medien, Blogs oder Webseiten wieder zurück in eine überschaubare, kontrollierbare Medienlandschaft zu überführen. Man gibt vor, die Bürger doch nur „beschützen“ zu wollen. Die Mehrheit der Bürger fühlt sich aber gar nicht bedroht. Also erfindet man Bedrohungen. „Fake News“ und „Hate Speech“ waren geschaffen.



Falschmeldungen gab es zwar schon immer, aber im Netz seien sie besonders gefährlich. Dabei handelt es sich doch in Wirklichkeit nur um Meinungsäußerungen, die dem grün-linken Main-Stream und seiner Meinungsdictatur widersprechen.

In der Praxis führen diese Gesetze oft dazu, dass Bürger bei ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung schon im Vorhinein wegen potentiell drohender Strafen, technischer Einrichtungen (Upload-Filter) oder „Deplatforming“ (temporäres oder komplettes Ausschließen aus sozialen Medienplattformen) beschnitten werden. Straftaten, strafrechtlich relevante Äußerungen oder Urheberrechtsverletzungen müssen natürlich auch in der digitalen Welt rechtsstaatlich verfolgt

und geahndet werden. Die rechtlichen Voraussetzungen dazu existieren bereits in der analogen Welt. Notwendige neue Gesetze müssen sich an den neuen digitalen Realitäten orientieren und die Freiheitsrechte der Bürger – wie das verbürgte Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit – berücksichtigen.

Die AfD fordert die Bundesregierung auf, das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) ersatzlos zu streichen und privaten Plattformanbietern keine Aufgaben der Strafverfolgungsbehörden zu übertragen. Die bisherige gesetzliche Regelung muss beibehalten werden, wonach Anbieter sozialer Netzwerke einen inländischen Zustellungsbevollmächtigten und für Auskunftsersuchen einer inländischen Strafverfolgungs-

behörde eine empfangsberechtigte Person im Inland benennen, die Auskunftsersuchen innerhalb von 48 Stunden beantworten muss. Wir lehnen die geplante Rundumüberwachung, eine Ein-Stunden-Löschfrist und Nachschlüssel in Internetprotokollen ab.

Die AfD tritt dafür ein, in einer bund- und länderübergreifenden Erweiterung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ein Medienprivileg für Blogger, Fotografen und anderer Tätiger im Bereich Öffentlichkeitsarbeit zur journalistischen Berichterstattung zu schaffen. Von der Bundesregierung fordern wir ein klares Bekenntnis zur Netzneutralität, zur Anonymisierungssoftware, zur durchgehenden End-zu-End-Verschlüsselung und zum lizenzfreien Streamen.

Darüber berichten links-versifft Medien nicht Institut: Syrer könnten Polioviren nach Deutschland einschleppen

Auch das noch: Fast zwei Millionen meist orientalische Muslime – seit 2015 durch Merkel und die CDU ins Land gelassen. Sie kosten uns 30 Milliarden Euro pro Jahr. Deutsche Mädchen und Frauen werden ermordet und geschändet. Alte hilflose Mitbürger werden getreten und geschlagen und jetzt droht eine neue Gefahr: Das weltweit renommierte Robert-Koch-Institut (RKI) in Berlin warnt: Syrische „Schutzsuchende“ (aus sicheren europäischer Drittländern ohne soziale Hängematte und deshalb nach Deutschland geflohen) könnten Polioviren nach Deutschland eingeschleppt haben!

Poliovirus löst die gefürchtete Kinderlähmung aus. Polio-Viren werden mit dem Stuhl ausgeschieden und vorwiegend durch Schmierinfektion (Stuhl-Hand-Mund) übertragen. Auch eine Ansteckung per Tröpfcheninfektion (Husten, Niesen) ist möglich. Ebenso kann verschmutztes Trinkwasser eine Infektionsquelle sein. Patienten mit geschwächtem Immunsystem bleiben unter Umständen über viele Jahre hinweg ansteckend. Zu den Komplikationen der Polio zählen bleibende Lähmungen und dadurch auch Muskelschwund, vermindertes Knochenwachstum sowie Gelenkzerstörung.

Das Robert-Koch-Institut (RKI) stellte fest, die Weltgesundheitsorganisation habe in Syrien Fälle von Kinderlähmung (Polio) gemeldet. Es wurde eine Impfkampagne mit oralem Polioimpfstoff in Syrien und seinen Nachbarländern durchgeführt. In den von Aufständischen kontrollierten

Gebieten Syriens wurden Kinder erstmalig geimpft „und sind somit nur unvollständig gegen Polio geschützt“. Vor diesem Hintergrund bestünde nach Einschätzung des RKI ein **Risiko für die Einschleppung von Polioviren aus Syrien. Das RKI stellte 2015 fest, systematische Erhebung des Impfstatus von Asylsuchenden fände in Deutschland nicht statt (!)**

„Durch eine wachsende Zahl unzureichend geimpfter Asylsuchender kann sich eine epidemiologisch relevante, ungeschützte Bevölkerungsgruppe entwickeln, bei der sich die Schließung von Impfplätzen aufgrund des dezentralen Gesundheitssystems in Deutschland schwierig gestalten kann.“ Wie virulent die Gefahr sein könnte, zeigt die laxen Impfpraxis in Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE).

Die Ständige Impfkommission (STIKO) beim RKI gab Impfempfehlungen für Migranten und Asylsuchende nach Ankunft in Deutschland heraus. Wie sich herausgestellt hat, sind nur in fünf von zwanzig Erstaufnahmeeinrichtungen Asylsuchenden die Routineimpfungen entsprechend der STIKO-Empfehlung angeboten wurden! Drei der 20 EAE gaben an, die Impfungen ohne Hindernisse durchgeführt zu haben. Elf erklärten, dass Personalmangel, sieben, dass Sprachbarrieren und die Schwierigkeit den Impfstatus des Asylsuchenden zu definieren, die Umsetzung fehlend behinderten. Bei sechs EAE lag das Hindernis für die STIKO-Umsetzung in der „Ablehnung durch Asylsuchende“. der STIKO-Emp

Trotz der eindeutigen Vorgabe des RKI, „dass Personen ohne Impfdokumente als nicht geimpft angesehen und empfohlene Impfungen durchgeführt werden sollen, gab ein großer Teil der EAE unklaren Impfstatus als Haupthindernis zur Umsetzung der Impfempfehlung an. Hier sind offensichtlich weitere Schulungen erforderlich“, erklärt das Robert-Koch-Institut zur Auswertung der Impfpraxis. Hier muss die Bundesregierung, die die Masseninvasion nach Deutschland veranlasst hat, dringend sofortige Maßnahmen ergreifen, bevor in Deutschland Polio epidemiologisch ausbricht.

Dass die Masseninvasion längst ausgerottet geglaubte Krankheiten nach Deutschland einschleppt, wird natürlich von links versifften Relotius-Medien verschwiegen, weil das nicht ins Weltbild neomarxistischer Weltverbesserer passt. Derweil brachte es dieser Tage ein konkreter Fall – aber nur wegen akuter Gefahr für die Bevölkerung – doch noch in die Schlagzeilen:

„Seit Tagen wird aus einem Velberter Jugendwohnheim der 15-jährige Foumge K. vermisst. Bei dem aus Guinea stammenden Flüchtling besteht laut Polizei der Verdacht einer ansteckenden Tuberkuloseerkrankung, weshalb die Beamten nun öffentlich nach ihm suchen. Foumge ist mit nur wenig Gepäck unterwegs, Medikamente hat er nicht dabei.“

(<https://wize.life/themen/fahndung/102185/velbert-tuberkulose-verdacht-bei-vermisstem-fluechtling-15-jaehriger-ohne-medikamente-unterwegs>)

Elektro-Wahn der Regierung

Um Kinderarbeit und Sklaverei schert sich die Merkel-Truppe nicht

Die Bundesregierung fördert massiv Elektromobilität und sieht in ihr das Heilmittel für die Mobilität der Zukunft. Elektrofahrzeuge sollen Mobilität und Umwelt elegant in Übereinstimmung bringen. Im Elektro-Wahn werden E-Autos idealisiert, der Diesel dagegen verurteilt und deutsche Autohersteller existenziell bedroht, abertausende Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt. Bis 2022 sollen eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren. Bis 2030 sollen es schon sechs Millionen sein, um Deutschland zum Leitmarkt und Leitanbieter für Elektromobilität zu entwickeln. Dafür stellte die Bundesregierung ein Investitionsvolumen von einer Milliarde Euro bereit.

Dabei schert sich die Merkel-Truppe nicht um Kinderarbeit und Sklaverei. Sie sind aber trauriger Alltag, um an die begehrten Rohstoffe zu kommen, ohne die es keine Akkus für Elektro-Autos gibt: Metalle aus dem Kongo oder Lateinamerika wie Kobalt, Kupfer, Nickel und Lithium. Beispiel Kobalt: Er ist ein Schlüsselement für die Elektromobilität, weil er hohe Energiedichten ermöglicht. Derzeit werden etwa zehn Kilo für das Batteriepaket eines E-Pkw benötigt. Zwei Drittel des derzeit weltweit verarbeiteten Metalls kommt aus der Demokratischen Republik Kongo in Zentralafrika. Der Boom bei elektronischen Geräten mit Akkus und die steigende weltweite Nachfrage bei batterieelektrischen Autos haben dazu geführt, dass sich der Preis von Kobalt in den vergangenen zwei Jahren fast vervierfacht hat. Er sprang von 23 Dollar auf knapp 90 Dollar pro Kilogramm. Der Abbau von Kobalt in der demokratischen Republik Kongo erfolgt vor allem unter Sklaverei-ähnlichen Bedingungen, zum Teil sogar unter Kinderarbeit (<https://www.elektroauto-news.net/2018/warum-der-kobalt-abbau-ein-problem-darstellt-und-wie-es-geloeset-werden-koennte>).

Erhebliche Kobaltmengen kommen im Kongo aus Kleinbergwerken, in denen die Arbeiter mit armseliger Ausrüstung schuften. Auch von dort gibt es Berichte über Kinderarbeit. Im Osten des Kongo ist zudem ein seit Jahrzehnten dauernder Krieg zwischen unterschiedlichen Milizen und Armeen im Gange. Teilweise finanzieren sich die Milizen durch Einnahmen aus dem Bergbau. Hinzu kommt, dass aus Kobaltminen oft säurehaltige Abwässer austreten, die massiv die Umwelt schädigen (<https://www.abendblatt.de/wirtschaft/article212151931/Im-Kongo-sieht-man-die-schmutzige-Seite-der-Elektro-Autos.html>).

Beispiel Lithium: Der chilenische Chemie- und Bergbaukonzern SQM ist einer der größten Produzenten von Lithium. Der Konzern war ursprünglich staatlich und wurde während der Diktatur unter Pinochet in den 1980er Jahren privatisiert. Seitdem ist ein Großteil der Anteile im Besitz der Familie Pinochet. Dem Unternehmen werden Geldwäsche, Steuerhinterziehung und illegale Wahlkampffinanzierung vorgeworfen. Chile ist das einzige Land der Welt, in dem Wasserressourcen und Wassermanagement zu 100 Prozent privatisiert sind. Das heißt, der Staat vergibt Wasser-Konzessionen an private Unternehmen. SQM besitzt aktuell die Wasserrechte in der Region um den Salar de Atacama, wo Lithium abgebaut wird. Dieser Zustand stellt eine deutliche Verletzung der Rechte der indigenen Bevölkerungen auf Territorium und Umweltschutz dar. Chile rechnet damit, dass mit Lithium allein bis 2030 rund 15 Milliarden Dollar eingenommen werden können.

In der öffentlichen Wahrnehmung wird Elektromobilität sehr positiv dargestellt. Ein Elektroauto wird als natürlich sauber präsentiert. Schließlich funktioniert es ohne Auspuff. Das ist allerdings eine oberflächliche Betrachtung. Auch wissenschaftliche Studien und Berichte wie das Öko-Institut e.V. (Institut für angewandte Ökologie) stellen die Umweltfreundlichkeit von Elektroautos in Frage und zwar mittels einer Gesamt-Ökobilanz. Diese berechnet, wie viel CO₂-Emissionen im gesamten Lebenszyklus des Fahrzeugs entstehen. Vor allem bei der Stromerzeugung, entsteht CO₂, da die etwa zur Hälfte auf der Basis fossiler Brennstoffen entsteht. Auch die Herstellung des Autos und der Batterien verursacht erhebliche CO₂-Emissionen (<https://www.oeko.de/forschung-beratung/themen/mobilitaet-und-verkehr/elektromobilitaet/>). Elektromobilität schafft mehr Probleme als sie löst. Elektroautos sind weder CO₂-neutral noch

in irgendeiner Weise umweltfreundlich. In vielen Fördergebieten für Rohstoffe werden Menschenrechte und Arbeitsstandards aufs Größte verletzt. Dazu gehört das Entstehen saurer Grubenwässer, Wasserkonflikte zwischen Bergbauunternehmen und eingeborenen Völkern sowie nicht vertretbare Arbeitsbedingungen in Minen. Durch das "Regierungsprogramm Elektromobilität" wird die sozioökologische und sozio-ökonomische Problematik des Nordens in den globalen Süden verlagert. Damit entlarvt sich die Elektromobilität als Strategie zur Hebung des grünen Wohlfühlfaktors und nicht der sogenannten globalen Nachhaltigkeit. Das verleiht den Verteidigern der Elektromobilität wahrlich keinen grünen Daumen, sondern eher eine blut-rote Hand.

Das verschweigt die Bundesregierung natürlich, statt sich im Rahmen Ihrer Strategie zur Förderung der Elektromobilität einen transparenten rohstoffpolitischen Ansatz zu erarbeiten, in diesem Sinne die Einhaltung von Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards für im Rohstoffsektor der Elektromobilität investierende Unternehmen aus Deutschland verpflichtend zu machen und sich in der EU dafür einzusetzen, Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards für im Rohstoffsektor der Elektromobilität investierende EU-Unternehmen verpflichtend einzuführen.

Darüber hinaus muss sich die Bundesregierung auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass im Rohstoffsektor der Elektromobilität eine Zertifizierungsinstrumentarium entwickelt wird, damit Produkte klar erkennbar sind, das auf Basis von fairem Rohstoffabbau produziert wurden. Schließlich muss dafür gesorgt werden, dass Kobalt- und Lithiumvorkommen in rohstoffreichen Ländern unter menschenwürdigen und umweltgerechten Abbaubedingungen gefördert werden.





AVA-Landesverband jetzt auch in Baden-Württemberg von Benjamin Niemeyer

Am 2. Mai war es soweit: Aus allen Teilen des Ländles fanden wir uns im Büro von Lothar Maier zusammen, um nun auch die Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer in Baden-Württemberg zu gründen.

Als Sprecher wurde ich, sowie als mein Stellvertreter MdL Hans Peter Stauch gewählt.

In Baden-Württemberg ist die Lage anders als in anderen Bundesländern. Im Vergleich zu NRW oder Brandenburg ist hier Arbeitslosigkeit niedriger, die Bruttoeinkommen höher.

Aber was bringt ein höherer Bruttolohn, wenn man davon nicht besser lebt?

Steuerrechtlich gilt bereits ein gelernter Metalller am Band bei Bosch als wohlhabend, Baugrund für das Eigenheim ist unbezahlbar, eine tragfähige private Altersvorsorge ist nach Abschaffung der Zinsen quasi unerreichbar.

Wir setzen uns für jene ein, die so gerne vergessen werden:

Die normalen Leute, die das Land am Laufen halten.

Damit unsere Stimme entsprechend Gewicht bekommt ist es natürlich erstmal wichtig, innerhalb der AfD bekannter zu werden, um neue Mitglieder für unsere Sache zu begeistern.

Den Anfang machten wir mit einem Stand beim Landespartei-tag Anfang Juni. Ob es nun das Thema der Arbeitnehmer war oder doch der Schokobrunnen – der Stand lockte ständig Interessierte an und führte zu guten Gesprächen, woraus sich viele Kontakte für zukünftige Vorträge in den Kreisverbänden ergaben.



Deswegen freue ich mich, Sie in den nächsten Wochen an den Stammtischen kennenzulernen und verbleibe mit den besten Grüßen,

Benjamin Niemeyer

Impressum:

Lothar Maier MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030 227 75494

Fax: 030 227 70494

Mail.: lothar.maier@bundestag.de

Kontakt:

Wahlkreisbüro Stuttgart

Tel: 0711 50500-962

Fax: 0711 50500-979

www.facebook.com/prof.lotharmaier

<https://twitter.com/ProfMaier>

youtube.com/channel/Uck048Rd6KVTC8oaD_ph6xNA

LOTHAR-MAIER.EU